

„Mit Milošević keine Zukunft“

Der serbische Oppositionspolitiker Zoran Djindjić über die Folgen des Kriegs und einen demokratischen Wechsel

bien nach dem Krieg zerstört und isoliert bleibt, ohne internationale Hilfe, dann ist dies ein sehr zweifelhafter Sieg. Montenegro würde sich in diesem Fall bald von Jugoslawien abtrennen.

SPIEGEL: Das ist eine Drohung von Montenegros Präsident Milo Djukanović, die er stets schnell zurückzieht, wenn Milošević ihn verwarnt.

SPIEGEL: Herr Djindjić, Sie haben in Montenegro Zuflucht gesucht, sind Sie Ihres Lebens in Serbien nicht mehr sicher?

Djindjić: Die Angriffe im Fernsehen gegen mich waren eine klare Aufforderung zum Lynchmord. Es wäre verrückt, jetzt aus Montenegro nach Serbien zurückzukehren. Denn als toter Oppositioneller kann ich nichts für die Demokratie erreichen. Es ist kaum noch möglich, in Belgrad rational zu denken und die Wahrheit über unsere Lage klar zu erkennen.

SPIEGEL: Wie lange wird der Krieg noch weitergehen?

Djindjić: Ich sehe in Belgrad Signale für ein Einlenken. Eine Fortsetzung des Kriegs würde Milošević keine Vorteile mehr bringen. Die ersten drei Wochen stärkten seine Position. Doch jetzt zeigt sich seine Fehleinschätzung. Die Nato bleibt hartnäckig, und Rußland denkt nicht daran, Jugoslawien wirklich zu unterstützen.

SPIEGEL: Slobodan Milošević kündigte seine Bereitschaft an, einen Teil der im Kosovo stationierten Streitkräfte abzuziehen. Nur ein Bluff?

Djindjić: Bei seinen Kompromissen versucht er stets auch noch zu pokern. Er will am Anfang weniger geben als gefordert – und am Ende muß er mehr zugestehen, als verlangt wird. Jetzt hofft er, daß alle mit einem Teilabzug der Truppen zufrieden sein werden und daß die internationale Gemeinschaft ihre Ziele vergißt.

SPIEGEL: Der Westen hat sich bereits einmal geirrt, als er glaubte, Milošević werde schnell einlenken. Würde Milošević seine Armee auch gegen Nato-Bodentruppen kämpfen lassen?

Djindjić: Ich glaube nicht. Denn Bodentruppen würden bedeuten, daß er am Ende kapitulieren muß. Milošević weiß, daß die Nato nicht nachgeben wird.

SPIEGEL: Riskiert er seinen Sturz, wenn er nach den Bombardierungen plötzlich internationale Friedenstruppen im Kosovo akzeptiert?

Djindjić: Die Bevölkerung ist gleichermaßen von Europa wie von Milošević enttäuscht. Fast alle wollen jetzt ein Ende des Kriegs um jeden Preis. Er könnte getrost den Plan der G-8-Staaten unterschreiben. Jeder wäre dankbar.

SPIEGEL: Hunderttausende Albaner wurden vertrieben, viele werden vermutlich nicht mehr in das Kosovo zurückkehren. Hat Belgrad damit sein heimliches Kriegsziel erreicht?

Djindjić: Die Frage ist, ob Milošević dieses Ziel nicht zu teuer erkaufte hat. Wenn Ser-



Regimekritiker Djindjić

stützung zusagen, sobald wir den Kampf gegen das undemokratische Regime beginnen. Wenn wir unsere Wähler überzeugen wollen, brauchen wir greifbare Argumente: die Aussicht auf ein besseres Leben, die Einbindung Serbiens in die europäische Gemeinschaft. Ein Marshallplan zum Wiederaufbau muß auf die Einführung der Demokratie, also die Machtübernahme durch die Opposition, folgen. Nächstes Jahr finden Wahlen statt, im Herbst beginnt schon die Wahlkampfphase.

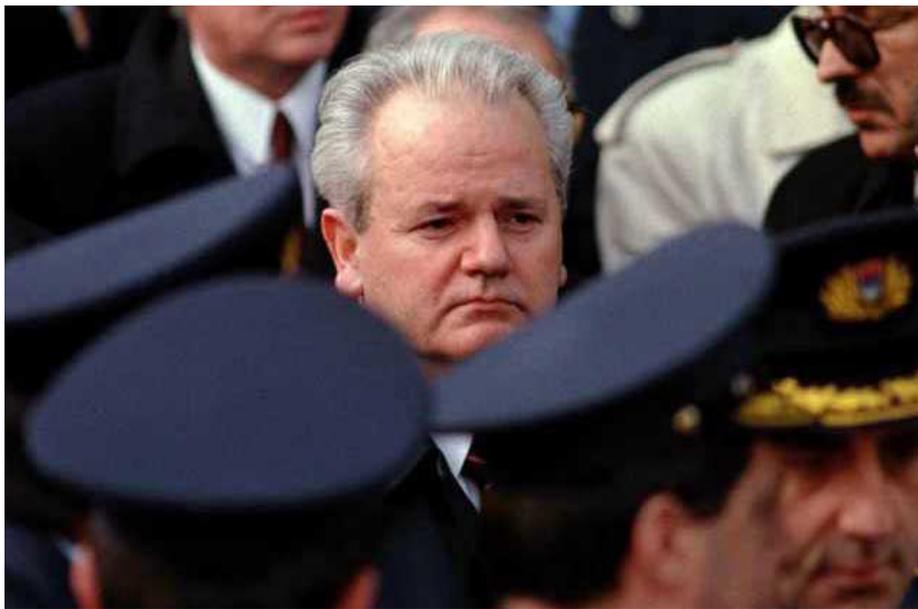
SPIEGEL: Welchen Status bekäme nach einem Machtwechsel das Kosovo?

Djindjić: Am Anfang eines Friedens wird Kosovo nicht unter serbischer und nicht unter albanischer, sondern unter internationaler Verwaltung stehen. Doch dies darf nicht zu einem dauerhaften Protektorat werden oder gar in Unabhängigkeit münden. Die langfristige politische Lösung ist eine Autonomie des Kosovo im Rahmen eines demokratischen Jugoslawiens und Serbiens.

SPIEGEL: Wird aber der Westen bei einem Friedensschluß nicht gezwungen sein, Milošević erneut als Vertragspartner zu akzeptieren?

Djindjić: Vorrangig ist das Ende des Kriegs, wer das Abkommen unterzeichnet, zählt nicht so sehr. Aber unmittelbar danach werden wir die Frage nach der Verantwortung stellen, bei der Nato wie bei uns. Milošević hätte versuchen müssen, den militärischen Konflikt mit allen Mitteln zu vermeiden.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU



Präsident Milošević: „Am Ende muß er mehr zugestehen, als verlangt wird“